

Anleitung zur Folter in Lateinamerika. Die internationale Dimension

Wolfgang S. Heinz

Zusammenfassung:

Der Beitrag befaßt sich mit der Weitergabe von Wissen über Foltermethoden und Techniken der Folter aus dem Ausland, insbesondere den USA, an Polizei und Militär in Lateinamerika in den 70er und 80er Jahren. Seit 1950 wurden Zehntausende lateinamerikanischer Militärs und Polizisten an US-Militärschulen, namentlich der „U.S. Army School of the Americas“ (SOA), ausgebildet. Lange Zeit war es schwierig zu belegen und zu recherchieren, ob und wie in diesen Ausbildungen auch Foltermethoden gelehrt wurden. Jedoch beweisen 1996 vom Pentagon auszugsweise veröffentlichte Lehrbücher für Geheimdienst-Trainingskurse in Lateinamerika und für die SOA, daß Folter, Exekution und Erpressung von amerikanischer Seite durchaus befürwortet und - z.T. detaillierte - Anleitungen dafür ausgegeben wurden. Auch die CIA hat Militär in Lateinamerika - beispielsweise in Honduras - Ausbildungshandbücher zugänglich gemacht, in denen Verhör- und Zwangsmethoden gelehrt werden, die zur „weißen Psychofolter“ gerechnet werden. Inzwischen gewinnen deshalb politische und zivile Initiativen an Einfluß, die auf eine Schließung der SOA hinarbeiten.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Frage, ob Wissen und Techniken über Foltermethoden an die Polizei und das Militär in den 70er und 80er Jahren in Lateinamerika aus dem Ausland weiter vermittelt wurden. In diesen Jahren und bis heute sind die USA die wichtigste politische Macht, die Ausbildungskurse im eigenen Land und in lateinamerikanischen Ländern durch US-Militär und den Geheimdienst CIA durchgeführt haben. Auf die Vielzahl anderer CIA-Aktivitäten wie z.B. Spionage, Beihilfe zum Sturz der Regierungen Arbenz in Guatemala und Allende in Chile eingegangen kann hier nicht eingegangen werden (zu Brasilien Huggins 1998, zu Chile Marchetti & Marks 1974, zu Guatemala Kinzner & Schlesinger 1992, zu Uruguay Agee 1975, allgemein: Blum 1988). Ich stütze mich im Wesentlichen auf die Analysen von Huggins (1998), eigene Forschung (Heinz 1995, Heinz & Frühling i.E.), Haugaard (1997) und im Internet zugängliche Quellen (Suchwort: School of the Americas).

Die Konzentration auf die USA liegt bei der politischen Entwicklung Lateinamerikas nahe. Auch andere Länder und ihre Polizeien, Militärs und Geheimdienste haben zum Training in Unterdrückungsmaßnahmen beigetragen (UdSSR, Ex-DDR, Israel, Frankreich u.a.). Daneben gab und gibt es einen Austausch unter bestimmten Ländern des Südens, der bisher allerdings noch wenig erforscht ist.

Besonders die Tatsache aktiver internationaler und nationaler Menschenrechtsorganisationen in den USA und der gute Zugang zu amtlichen Informationen durch den Freedom of Information Act (ein Gesetz, das den Zugang von US- und Nicht-US-BürgerInnen zu Dokumenten des Staates erleichtert), der in anderen Ländern – auch in Deutschland – nicht besteht, machen es möglich, die hier dargestellten Verbindungen für die USA zumindest teilweise nachzuvollziehen. Dies ist bei allen Ländern schwierig, weil die Dokumente des Staates der Geheimhaltung unterliegen, die Betroffenen (die das Training erhielten) und ihre Vorgesetzten keine Interviews geben und auch nach ihrer Pensionierung in aller Regel schweigen (für Ausnahmen siehe Heinz 1995, Huggins 1998).

1. Militär- und Polizeiausbildung durch die USA

Zehntausende lateinamerikanischer Militärs wurden seit 1950 in US-Militärschulen einschließlich der berühmt gewordenen U.S. Army School of the Americas (SOA) in Panamá (ab 1984 nach Fort Benning in US-Bundesstaat Georgia verlegt) ausgebildet. Die Kritik vor allem linker Organisationen und von Menschenrechtsgruppen in den 70er Jahren, die USA würden diese allgemein in Repressions- und speziell in Foltertechniken ausbilden, wiesen US-Regierungen und ihr Verteidigungs- (Pentagon) bzw. Außenministerium stets und nicht ohne Empörung zurück.

Auch in der Forschung war man sich lange Zeit unsicher, ob es Beweise für eine direkte Beteiligung von US-Regierungsstellen an Folterausbildungen gibt. So kam z.B. Brian Smith, der sich nach eigenen Angaben in der SOA umgesehen hat (und sich umsehen konnte!), 1982 zu dem Schluß:

"Die Technologie und das Training sind zwar selbst nicht zur Unterdrückung oder zu Menschenrechtsverletzungen geeignet, aber sie umfaßten viele Fähigkeiten und Materialien, die für Unterdrückungsmaßnahmen benutzt werden können. Das Programm der SOA lehrte Mitte der 60er Jahre beispielsweise Verfahren für militärische Geheimdienst- und Geheimdienstabwehraktivitäten, taktische Operationen gegen Dissidentengruppen, Polizeifunktionen in Koordination mit Aufstandsbekämpfung, Verhöre von mutmaßlichen Straftätern, Überwachung und geheime Polizeiuntersuchungen, Psychologie der Massen und des Mobs, Aufbau von Formationen zur Aufrührkontrolle, Einsatz von Chemi-

kalien und Gas, Gegensabotage, Operationen für unkonventionelle Kriegsführung in den Städten, Propagandaanalyse und Planung von Gegenpropaganda, Verwaltung von Gefängnissen und den Gebrauch von Religion als therapeutischem Hilfsmittel für die Rehabilitierung von Gefangenen" (Smith 1982, S. 293, Übers. durch den Vf.).

Smith berichtet auch über ein Interview mit dem Assistenten des Kommandanten der SOA aus dem Jahr 1980:

"Ein Assistent des Kommandanten der SOA behauptete daß keiner der Techniken den inhumanen Gebrauch von Gewalt gegen Zivilisten predigte, und es wäre sogar derselbe Typ von Training, den das US-Militär in den USA selbst erhielt. Er räumte aber ein, daß das, was lateinamerikanische Offiziere und Soldaten mit solchen Techniken anfangen würden, wenn sie zu Hause wäre, sich an den dort gegebenen Befehlen in einem anderen Kontext orientiert. Hierauf hätten die USA keinen Einfluß" (ebd.).

Der Verfasser hat im Rahmen eines Forschungsvorhabens an der niederländischen Universität Leiden zum gleichen Thema 1990 in Washington, D.C. u.a. Beamte des U.S. State Departments/USAID, des Kongresses, des Interamerican Defense Board und zwei US-Armeegeneräle befragt. Als er von lateinamerikanischen Militärs verfaßte Aufsätze im Interamerican Defense Board einsehen wollte, um besser beurteilen zu können, wie sich das Training im Denken der Auszubildenden niederschlägt, wurde ihm mitgeteilt, dies sei aus Gründen des Personenschutzes nicht möglich. Die US-Gesprächspartner betonten in der Regel, sie würden die Lateinamerikaner nach ihre eigenen Grundsätzen – d.h. den demokratischen, rechtsstaatlichen Prinzipien der USA und des US-Militärs – ausbilden, die bekanntermaßen Folter und Unterdrückung ablehnten. Mehr noch: Wie das Beispiel der USA zeige, gebe es dort trotz gelegentlicher Spannungen zwischen Militärs und zivilen Experten eine kontinuierliche vertrauensvolle Zusammenarbeit, was ein Vorbild für Lateinamerika sein müßte, wo sich Militärs und Zivilisten traditionell ablehnend gegenüberständen. Und noch ein gewichtiges Argument wurde wiederholt genannt: Der Verdacht, die USA würde Folterungen lehren, sei schon deshalb unsinnig, weil Lateinamerikaner nun wirklich selbst am besten wüßten, wie man foltert – und das seit 500 Jahren. Sie bräuchten auf diesem Gebiet keine ausländische Unterstützung

An der Oberfläche wirkten diese Argumente zunächst einmal plausibel.

Grundsätzlich muß zwischen Polizei-, Militär- und Geheimdienstberatung der USA in Lateinamerika unterschieden werden, die in Wirklichkeit allerdings z.T. miteinander verschränkt sind (siehe unten):

- Auf der Ebene des Militärs gab es seit Präsident Kennedy und seiner Betonung von Aufstandsbekämpfungsprogrammen eine umfassende Aus- und Fortbildung lateinamerikanischer Militärs durch die US-Armee in ihren Heimatländern, in Panama (bis 1984) und den USA. Zu diesem Zweck ar-

beiteten U.S. Military Assistance Groups in den meisten Ländern des Subkontinents.

- Auf der Ebene der Polizei hat die US-Entwicklungshilfebehörde, die U.S. Agency for International Development (USAID), seit dem Beginn der 60er Jahre in vielen Ländern Polizeifortbildung durchgeführt, die vom Office for Public Safety in USAID koordiniert wurde. Entgegen der regierungsamtlichen Darstellungen für die Öffentlichkeit, die die Ziele Professionalisierung und Vermittlung rein technischer Fähigkeiten betonten, war ein beträchtlicher Teil der Polizeihilfe auf Aufstandsbekämpfung im weitesten Sinne (im Verständnis der US-Berater), d.h. gegen Dissidenten, Demonstranten, marxistische und nicht-marxistische Linke einschließlich ausgerichtet. Aus den bekannt gewordenen Unterlagen geht klar hervor, daß US-Ausbilder weitgehend die herrschenden Diktaturen und ihre „Repressionslogik“ tolerierten, selten Menschenrechtsverletzungen ernst nahmen und ihre Vorgesetzten bei Befragungen im US-Kongreß – vor allem Anfang der 70er Jahre – die Unwissenden spielten.
- Bei der dritten Ebene, für die die Informationsbeschaffung besonders schwierig ist, handelt es sich um die Zusammenarbeit zwischen der CIA und Geheimdiensten, Militärs und Zivilisten in Lateinamerika. In fast jedem Land gibt es mindestens eigene Geheimdienste von Armee, Luftwaffe, Marine und der Polizei. In Argentinien fand man zu Beginn der Demokratie acht, schlecht miteinander koordinierte Geheimdienste vor.
- Auf der Ebene der Drogenbekämpfung sind zur Zeit das Amt für Drogenbekämpfung, die Drug Enforcement Agency (DEA), und Spezialeinheiten der US-Armee, sog. Special Forces, für die Ausbildung der betreffenden lateinamerikanischen Polizei- und Militäreinheiten verantwortlich, z.B. in Bolivien und Kolumbien. Zu weiteren US-Behörden, die aktiv in Lateinamerika sind, gehören das Bundeskriminalamt (FBI) und militärische Geheimdienstabteilungen der US-Streitkräfte.

2. *Militärische Zusammenarbeit und Folter*

Untersucht man genauer die Geschichte der Aufstandsbekämpfung (oder, wie lateinamerikanische Militärs es nennen, des Kampfes gegen Subversion und Terrorismus), so läßt sich nachweisen, daß es durchaus einen engen Erfahrungsaustausch zwischen Nord und Süd gegeben hat, aber auch innerhalb des Südens, z.B. die Operation Cóndor im südlichen Südamerika. Für den Erfahrungstransfer aus dem Norden sind Frankreich und seine Erfahrungen in Algerien im Kampf gegen die Nationale Befreiungsfront zu nennen (für Aus-

wirkungen auf das argentinische Militär s. López 1987, S. 144-157). Französische Offiziere waren Ende der 50er / Anfang der 60er Jahre bei argentinischen Militärs zu Gast und berichteten über den Algerienkrieg; auch uruguayische Offiziere waren damals anwesend.

Vor allem aber die US-Erfahrungen auf den Philippinen in den 50er Jahren (Hukbalahap-Aufstandsbewegung) und in Vietnam wurden innerhalb der USA von militärischen wie zivilen Experten ausgewertet und flossen in die Strategien und Taktiken der US-Militärberatung in Lateinamerika ein (umfassend zu den Doktrinen der US-Aufstandsbekämpfung zwischen 1940 und 1990: McClintock 1992). Wahrscheinlich sind nicht wenige Veteranen selbst in der Ausbildung tätig gewesen, aber hierüber gibt es keine Statistiken. Unter lateinamerikanischen Offizieren gab es auch Diskussionen über die Anwendbarkeit der Doktrinen auf ihre eigenen Länder (Heinz, eigene Interviews in Argentinien und Uruguay, 1990). In Gesprächen erklärten einige Offiziere dem Vf., sie hätten Zweifel an den Doktrinen bekommen, weil ihnen klar geworden sei, daß die USA diese Methoden niemals im eigenen Land einsetzen, sie aber im Ausland propagierten. Die USA wandten unterschiedliche Strategien für Operationen im eigenen Land und im Ausland an, wo es galt, befreundete Regierungen bei der Bekämpfung des Kommunismus zu unterstützen.

1996 erschien folgende Notiz in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Nach Angaben des U.S.-Verteidigungsministeriums, des Pentagons, sind lateinamerikanische Militärs bis zum Jahr 1991 auf einer Armeeschule der Vereinigten Staaten darin unterrichtet worden, wie sie mit Folter, Erpressung und Hinrichtung gegen Aufständische vorgehen können. Die Instruktionen standen in Handbüchern, die in der Armeeschule für Nord- und Südamerika im Bundesstaat Georgia benutzt worden sind. Es handelt sich um die U.S. Army School of the Americas, die jahrzehntelang in Panama angesiedelt war, bevor sie 1984 nach Georgia umgezogen ist. Dort seien seit 1946 etwa 60.000 Militärs und Polizisten aus Lateinamerika ausgebildet worden. Der Pentagon-Sprecher ergänzte, das Problem sei 1992 entdeckt, berichtigt und behoben worden“, und die Lehrplanung sei verändert und um ein Pflichttraining zu Menschenrechten erweitert worden (FAZ, 23.9.1996).

Im September 1996 veröffentlichte das Pentagon Auszüge aus sieben Handbüchern, die zwischen 1987 und 1991 für Geheimdiensttrainingskurse in Lateinamerika und an der School of the Americas benutzt wurden (Titel der Handbücher: „Handling of Sources, Guerillas and Communist Ideology“; „Counterintelligence“; „Revolutionary War, Terrorism and the Urban Guerrilla“; „Interrogation“; „Combat Intelligence“; „Analysis I“). US-Trainer verteilten sie an Geheimdienstschulen in Kolumbien, Ecuador, El Salvador und Peru. 1989 wurden sie als Lehrmaterial für Geheimdienstkurse mit Teilnehmern aus Bolivien, Kolumbien, Costa Rica, der Dominikanischen Republik, Ecuador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Peru und Venezuela

Ecuador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Peru und Venezuela genutzt. Rund 1.000 Handbücher wurden an der SOA und in ganz Lateinamerika verteilt.

In den Handbüchern wird Folter, Exekution und Erpressung befürwortet. Das Counterintelligence-Handbuch definiert z.B. die innenpolitische Opposition als potentielle Zielobjekt der Geheimdienstabwehr: „lokale oder nationale Teams politischer Parteien oder Parteien, die Ziele, Überzeugungen oder Ideologien vertreten, die im Gegensatz zur nationalen Regierung stehen.“ Der Armee wird geraten, eine schwarze Liste von Personen anzulegen, deren Festnahme oder Internierung von größter Bedeutung für die Streitkräfte ist. Allgemeine Rechts- und Menschenrechtsnormen spielen in den Handbüchern nur am Rande eine Rolle.

Das Pentagon betonte, daß von den 1.169 Seiten der sieben Handbücher nur zwei Dutzend kurze Passagen in sechs Handbüchern als nicht in Übereinstimmung mit der Politik der USA bezeichnet werden können. Sie basieren auf einem sog. „Project X“, das von Experten der US-Armee 1965 verfaßt wurde, um US-Alliierte in Vietnam, Iran, Lateinamerika und in anderen Ländern auszubilden. Die Handbücher wurden zugänglich gemacht aufgrund des starken Drucks der Öffentlichkeit und des Kongresses.

Bereits 1991 hatte das Büro des Pentagons für die Überwachung der Geheimdienste die sieben Handbücher untersucht; es kam in seinem Bericht an die beiden Kongreßausschüsse für Geheimdienstkontrolle zu dem Schluß, daß deren Autoren irrtümlicherweise annahmen, die Handbücher und die Ausbildungspläne stellten die offizielle Doktrin der USA dar. Die Autoren glaubten, die Richtlinien würden nur für Amerikaner und nicht für ausländisches militärisches Trainingspersonal gelten. US-Trainer, so die Annahme, könnten ausländische Militärs durchaus in Techniken unterrichten, die Menschen verletzen und die sie selbst nicht anwenden dürften. Die Regierung Bush ordnete an, die Handbücher einzusammeln und zu vernichten. Das U.S. Southern Command (Oberkommando des US-Militär für Lateinamerika) informierte lateinamerikanische Regierungen, die Handbücher beinhalteten keine offizielle US-Politik. Ein Jahr später empfahl die bereits genannte Stelle für die Überwachung der Geheimdienste, die Stabschefs der US-Streitkräfte sollten eine Politik festlegen, nach der in Zukunft Geheimdienst- und Geheimdienstabwehrtraining für ausländisches Militärpersonal mit der Politik der USA und ihres Verteidigungsministeriums übereinstimme.

Im Februar 1997 schloß der Generalinspekteur des Pentagons eine weitere Untersuchung ab, in der es heißt, daß zwischen 1982 und Anfang 1991 durch zahlreiches und ständig wechselndes Personal in verschiedenen Organisationen von Panama bis zu Georgia und in Washington viele Fehler gemacht worden sind. Es gäbe jedoch keine Hinweise darauf, daß es sich um einen bewußten, orchestrierten Versuch gehandelt hätte, die politischen

Grundsätze des Pentagons oder der US-Armee zu verletzen. Viele US-Militärangehörige hätten nicht gewußt, daß es gegen die US-Politik sei, lateinamerikanische Militärs darin auszubilden, Gewalt gegen Gefangene anzudrohen oder anzuwenden, Oppositionelle zu „neutralisieren“, Gefangene in geheime Gefängnissen festzuhalten, und Organisationen der Zivilgesellschaft zu infiltrieren und auszuspionieren. Daher wären keine disziplinarischen Maßnahmen notwendig. In dem Bericht wird keine individuelle oder institutionelle Verantwortung für die Handbücher zugewiesen. Schließlich wird angeführt, die Handbücher seien der Überwachung entgangen, weil sie in Spanisch abgefaßt waren, das vielfach nicht gelesen werden konnte. Der Abgeordnete Joseph Kennedy (Demokraten, Mass.) wies dagegen daraufhin, daß die Trainer der SOA ihre Lehrpläne an das US-Armee Fort Huacucha und mindestens zwei Stellen in Washington gesandt hätten. Ob sie dort genehmigt wurden, blieb unklar.

3. Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und Folter

Der CIA entwickelte seit Jahrzehnten Kontakte zu Polizei, Militär und Geheimdiensten in Lateinamerika, indem er Informanten anwarb. Darüber hinaus hatte er Einfluß auf die Anfang der 60er Jahre beginnende Ausbildung lateinamerikanischer Polizeien (vgl. Klare & Arnson 1981; Huggins 1998; Heinz & Frühling i.E.). Was nach außen als Modernisierung und Professionalisierung bezeichnet wurde, war ein umfassendes Programm zur Verbesserung der Organisation der vielfach schwachen, unterbezahlten und schlecht ausgebildeten Polizeien. Es war ein Hauptziel der CIA-Arbeit, die Fähigkeit, der Polizei zur Kontrolle der Bevölkerung und besonders linker Gruppen, ob gewalttätig oder gewaltfrei, zu erhöhen. Daher wurden Ausbildungskurse zur Aufstandsbekämpfung auf dem Land wie auch in den Städten, zu nachrichtendienstlichen Aktivitäten, Verhörtechniken, zum Thema Gefahr durch den Kommunismus usw. angeboten. Die Polizei wurde als die erste Linie der Verteidigung gegen die Subversion gesehen, die sehr viel billiger zu unterstützen wäre, als wenn man hierfür das Militär ausbilden müßte.

USAID startete 1962 das Programm für öffentliche Sicherheit (Public Safety Program). 1963 richtete man die Inter-American Police Academy (IPA) in Washington ein, um, wie es Generalstaatsanwalt Robert Kennedy damals ausdrückte, „die Polizei zur ersten Linie der Verteidigung gegen den Kommunismus zu machen“ (zit. in Huggins 1998, S. 108). Die Programme erreichten weltweit rund eine Million Polizisten. Vor allem mittlere und höhere Dienstränge wurden zur Ausbildung an die IPA gesandt. Hier konnte der CIA Kontakte aufbauen, die nach der Rückkehr wieder aufgenommen werden konnten. So entstand ein immer größer werdendes Informantennetz. Bei der

Diskussion, welche US-Regierungsstelle die Verantwortung übernehmen sollte, hielt sich der CIA zurück, weil er eine exponierte Stellung vermeiden wollte. Tatsächlich hat er aber im Hintergrund starken Einfluß auf Lehrplan und Ausbilder genommen, u.a. über die von ihm kontrollierte, anscheinend private Firma International Police Training, Inc. Von den rund 7.500 Absolventen an der IPA und anderen Ausbildungsstätten stammten 60% aus Lateinamerika. Der Kongreß verfügte 1975 die Einstellung des Public Safety Program und verbot die finanzielle Unterstützung, Beratung und Ausbildung für Polizei- und Gefängnisse ausländischer Regierungen. Die IPA wurde geschlossen.

Aber ein Schlupfloch blieb: Die Hilfe für Drogenbekämpfung war weiterhin möglich. Ausbildung und technische Ausrüstung sind auch für die Guerillabekämpfung – und in diesem Zusammenhang häufig vorkommenden Menschenrechtsverletzungen – breit nutzbar, wie besonders das Beispiel Kolumbien zeigt. DEA und U.S. Special Forces sind die Ausbilder, aber auch die CIA arbeitet seit längerem in diesem Bereich (1998 veröffentlichten US-Zeitungen Vorwürfe, die CIA hätte Dealer unter den Contra-Rebellen in Nicaragua vor der Strafverfolgung geschützt, ein Vorwurf, den der CIA-Direktor zurückwies). Auch das FBI spielt zunehmend eine Rolle.

Im Zusammenhang mit der Ausbildung von Mitgliedern des honduranischen Geheimdienstbataillons 316, das für das Verschwindenlassen von rund 200 Menschen in den 80er Jahren verantwortlich gemacht wird, durch die USA hat die US-Zeitung „Baltimore Sun“ mit Hinweis auf den Freedom of Information Act (ein US-Gesetz, das den direkten Zugang zu Regierungsdokumenten möglich macht) die Übersendung der Ausbildungshandbücher für das honduranische Militär beantragt. Darauf hat die US-Regierung zwei CIA-Handbücher zugänglich gemacht: erstens „KUBARK Counterintelligence Interrogation“ (KUBARK war die Eigenbezeichnung des CIA), ein Handbuch für CIA-Agenten zur Abwehr sowjetischer Subversion aus dem Jahr 1963. Das zweite, das „Human Resource Exploitation Training Manual“ von 1983, basiert zu einem großen Teil auf dem ersten und wurde in Lateinamerika in Ausbildungskursen zwischen 1982 und 1987 benutzt.

Beide Handbücher befassen sich ausschließlich mit Verhörmethoden und widmen ein eigenes Kapitel den sog. Zwangsmethoden, „coercive techniques“. Empfohlen wird im Handbuch von 1983 u.a., Verdächtige frühmorgens zu überraschen, festzunehmen, auszuziehen, die Augen zu verbinden, sie isoliert in Haft zu halten und die normalen Routine von Essen und Schlafen zu unterbrechen. Verhörräume sollten ohne Fenster, schalldicht, dunkel und ohne Toiletten sein. Die Handbücher mahnen, daß Foltertechniken negative Rückwirkungen haben könnten; die Drohung mit Schmerz sei häufig wirkungsvoller als der Schmerz selbst. Dann werden Zwangstechniken be-

schrieben, um eine psychologische Regression beim Verhörten durch eine überwältigende äußere Kraft („force“ im Original) hervorzurufen, die sich auf seinen Willen auswirkt, Widerstand zu leisten. Hierzu gehören lang andauernde Haft, fortdauernde Anstrengung („exertion“ im Original), extreme Hitze, Kälte oder Feuchtigkeit, Vorenthaltung von Essen oder Schlaf, Unterbrechung der Routine, Einzelhaft, Drohung mit Schmerz, Entzug sinnlicher Reize, Hypnose, Einsatz von Drogen oder Placebos. Laut „Baltimore Sun“ ähneln diese Methoden jenen, die das honduranische Bataillon 316 Anfang der 80er Jahre tatsächlich anwandte.

1985 wurde eine Seite in das Handbuch von 1983 eingelegt. Der Satz „Während wir nicht den Gebrauch von Zwangstechniken hervorheben, möchten wir Sie auf diese aufmerksam machen, und auf die geeignete Art, sie zu nutzen“, wurde geändert in: „Während wir den Gebrauch von Zwangstechniken bedauern, möchten wir Sie auf sie aufmerksam machen, damit Sie sie vermeiden.“ In dem Kapitel sind dann einige Stellen gestrichen, aber so gestrichen, daß man den eigentlichen Text noch lesen kann. Diese Zusätze gingen wahrscheinlich auf die Aufdeckung der Existenz eines CIA-Trainings-Handbuchs für die nicaraguanischen Contras im Jahr 1984 zurück, das auch terroristische Gewaltanwendung empfahl.

Das KUBARK-Handbuch von 1963 bezieht sich zweimal auf den Gebrauch von Elektroschocks und enthält eine Passage, nach der US-Agenten bei Verhören die vorherige Zustimmung ihrer Vorgesetzten und des Hauptquartiers (der CIA-Zentrale in Langley, Virginia) benötigen, wenn (1) körperliche Verletzungen verursacht oder (2) medizinische, chemische oder elektrische Methoden benutzt werden. Eine dritte Bedingung wurde unleserlich gemacht.

Nachdem bekannt geworden war, daß einige CIA-Agenten bis Anfang der 80er Jahre gelehrt haben, wie man foltert, teilte der US-Geheimdienst 1997 mit, im Jahr 1985 sei eine Politikrichtlinie beschlossen worden, in der der Gebrauch unmenschlicher Behandlung, welcher Art auch immer sie sei, als Hilfe bei Verhören abgelehnt wird (International Herald Tribune, 29.1.1997).

Im gleichen Jahr erklärte der CIA, er würde ausländische Agenten mit krimineller Vergangenheit aus dem Dienst verabschieden. Die „New York Times“ schrieb hierzu, dies wäre ein wichtiger Meilenstein, um die schlechten Gewohnheiten aus der Zeit des Kalten Krieges abzulegen. In den Jahren 1995-96, so die Zeitung, sei ein ernsthafter Versuch gemacht worden, das Verhalten der Agenten zu überprüfen und die am stärksten Belasteten zu entlassen. Von den hundert Agenten, die entlassen wurden, stammte die Hälfte aus Lateinamerika. Insgesamt hätte der CIA darüber hinaus die Zusammenarbeit mit rund 1.000 ausländischen Informanten beendet, einem Drittel seiner

Zulieferer, allerdings meist wegen Inkompetenz und nicht aufgrund krimineller Aktivitäten (International Herald Tribune, 29.1.1997).

4. Ausblick

Der Abgeordnete Joseph Kennedy (Demokraten, Mass.) legte am 2.5.1997 im US House of Representatives einen Gesetzentwurf zur Schließung der SOA vor, den 150 Abgeordnete unterstützten. Es hat sich auch eine zivilgesellschaftliche Koalition mit dem gleichen Ziel gebildet, die immer wieder Proteste gegen die SOA durchführt und die Schließung der SOA fordert.

Literatur

- Agee, Philip (1975): *Inside the Company. CIA Diary*. Harmondsworth: Penguin
- Blum, William (1988): *The CIA. A Forgotten History. U.S. Global Interventions since World War II*. London, New Jersey
- Heinz, Wolfgang S. (1995): *The Military, Torture and Human Rights. Experiences from Argentina, Brazil, Chile and Uruguay*. In: Ronald D. Crelinsten & Alex P. Schmid (Hrsg.), *The Politics of Pain. Torturers and their Masters*. Boulder, Col. 1995, S. 65-98
- Heinz, Wolfgang S. & Frühling, Hugo (i.E.): *Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-sponsored Actors in Brazil, Uruguay, Chile, and Argentina*. Den Haag, i.E.
- Haugaard, Lisa (1997): *Recently Declassified Army and CIA Manuals used in Latin America*. 18.2.1997 über Internet
- Huggins, Martha K. (1998): *Political Policing*. Durham, London
- Klare, Thomas Arnson, Cynthia (1981): *Supplying Repression. U.S. Support for Authoritarian Regimes Abroad*. Washington, D.C.
- López, Ernesto (1987): *Seguridad Nacional y Sedición Militar*. Buenos Aires
- Marchetti, Victor D. & Marks, John D. (1974): *CIA*. Stuttgart

McClintock, Michael (1992): Instruments of Statecraft. U.S. Guerrilla Warfare, Counter-Insurgency, and Counterterrorism, 1940-1990. New York

Smith, Brian (1982): US. Latin American Military Relations since World War II: Implications for Human Rights. In: Margaret E. Crahan (Hrsg.), Human Rights and Basic Needs in the Americas, Washington, D.C., S. 260-300

Internet-Suche: „School of the Americas“